

# **GLEICHBERECHTIGT, SELBSTBESTIMMT UND FREI!**

**FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN**

## **Wahlprüfsteine und Forderungen von TERRE DES FEMMES (TDF) zur Bundestagswahl 2017**

### **An CDU, CSU, SPD, Die Linke, FDP, Bündnis 90/Die Grünen**

**TDF legt die Wahlprüfsteine nicht der AfD vor, weil wir uns für ein modernes, zukunftsorientiertes Frauenbild einsetzen. Es steht im Gegensatz zu dem rückwärtsgewandten Frauenbild der AfD.**

#### **TERRE DES FEMMES**

Menschenrechte für die Frau e.V.

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin

Tel.: 030/40 50 46 99-0

Fax: 030/40 50 46 99-99

E-Mail: [info@frauenrechte.de](mailto:info@frauenrechte.de)

[www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)



## Wahlprüfsteine und Forderungen von TERRE DES FEMMES (TDF) zur Bundestagswahl 2017

Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei – ein immer noch fernes Ziel für die Mehrheit der Mädchen und Frauen in aller Welt. TERRE DES FEMMES will – bei uns und anderswo – ein Leben ohne geschlechtsbasierte Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung.

Das bedeutet konkret:

- Gleichberechtigt: vor dem Gesetz wie in der Arbeitswelt; bei den Bildungs- und Karrierechancen wie bei der Teilung der Familienarbeit;
- Selbstbestimmt: in der Sexualität und in allen Lebensentscheidungen wie PartnerInnenschaft, Heirat, Mutterschaft, Berufswahl und Teilnahme am öffentlichen Leben;
- Frei: von Rollenzwängen und allen Formen von Gewalt.

Menschen weiblichen Geschlechts werden überall auf der Welt – unterschiedlich im Ausmaß, aber immer noch und immer wieder neu – in ihren Menschenrechten beschnitten:

- in ihrer Freiheit durch religiöse und kulturelle Normen, Tabus und Zwangsvorschriften für Verhalten und Kleidung;
- in ihrer Entwicklung durch verweigerte oder minderwertige Bildung, Benachteiligung im Arbeitsleben und chancenlose Armut;
- in ihrem Geist durch Erziehung zur Unmündigkeit und Selbstentwertung sowie durch die Festlegung auf ein stereotypes Weiblichkeitsbild;
- in ihrer Würde durch Darstellung in den Medien, der Werbung, der Pornographie;
- in ihrer körperlichen Integrität durch täglich in großen Teilen der Welt tausendfach vollzogene rituelle Verstümmelung ihrer Geschlechtsorgane.

Mädchen und Frauen werden überall auf der Welt täglich Opfer spezifischer Gewalt – im Krieg, in der Familie, im öffentlichen Raum: vergewaltigt, misshandelt, in die Prostitution versklavt, zur Heirat gezwungen, zur Sühne „verletzter Familienehre“ oder wegen mangelnder Mitgift ermordet.

Menschen weiblichen Geschlechts werden schließlich wegen vermeintlicher Minderwertigkeit in weiten Teilen der Welt gar nicht erst geboren, sondern systematisch abgetrieben.

Auch in Deutschland passieren täglich Menschenrechtsverletzungen und Gewalt an Frauen. Auch in Deutschland müssen bestehende Gesetze verbessert, neue Gesetze verankert und diverse Opferschutzmaßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt durchgeführt werden. Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl 2017 finden Sie nachfolgend unsere dringendsten Anliegen für ein gewaltfreies Leben von Frauen und Mädchen.

## Übergreifende Forderungen:

1. **Ein neuer Aktionsplan zu Gewalt an Frauen:** Deutschland braucht ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen, das konkrete Maßnahmen vorsieht und mit einem umfassenden Budget ausgestattet ist.
  - **Wird sich Ihre Partei für einen neuen Aktionsplan zu Gewalt an Frauen einsetzen?**
  - **Wenn nicht, welche Lösungen sehen Sie vor, um die Gewalt an Frauen in Deutschland einzudämmen?**
2. **Rechtsanspruch auf Hilfe bei Gewalt:** Deutschland muss sicherstellen, dass allen Frauen, die Gewalt erleiden, adäquate Hilfe und Unterstützung zur Verfügung steht, unabhängig von ihrem Wohnort, Gesundheitszustand, der Herkunft oder dem Aufenthaltstitel.
  - **Wird sich Ihre Partei für einen Rechtsanspruch auf Hilfe bei Gewalt und für eine Lösung des Finanzierungskonflikts im Hilfesystem einsetzen?**
  - **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Zukunft das Hilfesystem allen Betroffenen zur Verfügung steht?**
3. **Reform der Opferentschädigung:** Das Opferentschädigungsgesetz (OEG) muss zu einem modernen Entschädigungsrecht reformiert werden, das psychische Gewalt beinhaltet.
  - **Wird sich Ihre Partei zeitnah für eine Modernisierung des Opferentschädigungsgesetzes einsetzen und dafür sorgen, dass dieses psychische Gewalt beinhaltet?**

**4. Datenerhebung:** Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt müssen regelmäßig und umfangreich erhoben werden, auch unter Berücksichtigung der Folgen von Gewalt auf das weitere (Erwerbs-)Leben.

■ **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Zukunft regelmäßig Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen erhoben und Hilfsangebote für Frauen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden?**

**5. Ratifizierung der Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte:**

Deutschland hat die Istanbul-Konvention ratifiziert – mit einem Vorbehalt beim Aufenthaltsrecht. Dieser Vorbehalt muss zurückgezogen und die Ehebestandszeit reduziert oder gänzlich abgeschafft werden.

■ **Wird sich Ihre Partei für eine Abschaffung oder zumindest eine Reduzierung der sogenannten „Ehebestandszeit“ einsetzen?**

■ **Wie wollen Sie Migrantinnen, die von (Häuslicher) Gewalt betroffen sind, schützen? Wird sich Ihre Partei für die Beweislastumkehr einsetzen?**

**6. Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit:** Deutschland hat ein Gesetz verabschiedet, welches künftig die Vollverschleierung in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes untersagt. Doch das Vollverschleierungsgebot muss in Deutschland darüber hinaus ausgeweitet werden.

■ **Wird sich Ihre Partei für ein gesetzliches Verbot der Vollverschleierung in der gesamten Öffentlichkeit einsetzen?**

**7. Verschleierung von Minderjährigen:** Mit einem neuen Gesetz muss das Tragen des „Kinderkopftuchs“ für alle minderjährigen Mädchen im öffentlichen Raum verboten werden, vor allem in Betreuungs- und Ausbildungsinstitutionen. Damit wird ein gesetzlicher Schutzraum besonders für Mädchen und Heranwachsende geschaffen. Nur so kann Chancengleichheit garantiert werden.

■ **Wird sich Ihre Partei für ein gesetzliches Verbot der Verschleierung von Minderjährigen in öffentlichen Institutionen, wie Kindergärten, Schulen, usw. einsetzen?**

## Häusliche und sexualisierte Gewalt

Frauen in Deutschland sind einem hohen Risiko ausgesetzt, Häusliche und/oder sexualisierte Gewalt zu erleben. So geht die letzte Dunkelfeldstudie (BMFSFJ: 2004) davon aus, dass jede vierte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben Häusliche Gewalt erlebt hat. Eine europaweite Studie zu Gewalt an Frauen belegt, dass 35 % aller Frauen in Deutschland schon physische oder sexualisierte Gewalt erlebt haben (FRA: 2014). Gewalt an Frauen in Paarbeziehungen wurde erst kürzlich von der Gleichstellungskommission als ein wesentliches Hindernis in der Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland identifiziert.

### TERRE DES FEMMES fordert:

8. **Überarbeitung des Gewaltschutzgesetzes:** Die Wegweisung sollte bundesweit mindestens 14 Tage dauern, Verstöße müssen besser geahndet und sanktioniert, betroffene Berufsgruppen müssen regelmäßig geschult (z. B. PolizistInnen, RichterInnen, Staatsanwaltschaft) und Sprachmittlung muss etabliert werden.
  - **Wird sich Ihre Partei für eine Reform des Gewaltschutzgesetzes einsetzen?**
  - **Wie wollen Sie sicherstellen, dass betroffene Berufsgruppen regelmäßig geschult werden und dass eine Sprachmittlung etabliert wird?**
  
9. **Aussetzung des Umgangsrechts für das gewalttätige Elternteil:** Bei Verdacht auf Gewalt darf es – nur unter Umständen – einen begleiteten Umgang geben. Im Vorfeld muss eine Gefahrenanalyse stattgefunden haben. Das Umgangsrechtsverfahren darf bei Verdacht auf Häuslicher Gewalt **nicht** beschleunigt werden.
  - **Wird sich Ihre Partei für eine Aussetzung des Umgangsrechts bei Häuslicher Gewalt einsetzen?**
  - **Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass Kinder und Mütter vor dem gewalttätigen Partner besser geschützt werden und es nicht zu einer Gefährdung aufgrund des Umgangs kommt?**

**10. Bundesweiter Ausbau der Anonymen Spurensicherung:** Die Versorgung mit sogenannten Opferschutzambulanzen, bei denen eine anonyme bzw. vertrauliche Spurensicherung möglich ist und Beweise gerichtsfest gelagert werden, muss flächendeckend gewährleistet werden.

- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zukünftig alle Betroffenen von sexualisierter Gewalt die Möglichkeit haben, auf die anonyme/vertrauliche Spurensicherung zurückzugreifen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?**

**11. Aufklärung über sexualisierte Gewalt:** In der Bevölkerung muss ein stärkeres Bewusstsein für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und für das neue Strafgesetz zu Vergewaltigung (§ 177 StGB) geschaffen werden sowie für die Rechte von Opfern, wenn sie sexuell belästigt wurden.

- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Frauen besser vor sexualisierter Gewalt zu schützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?**
- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Thema sexuelle Selbstbestimmung durch Aufklärungsmaßnahmen besser in der Bevölkerung verankert wird?**

## Weibliche Genitalverstümmelung (FGM)

UNICEF zufolge leben weltweit mindestens 200 Millionen Mädchen und Frauen, die an ihren Genitalien verstümmelt wurden. Jedes Jahr werden erneut etwa drei Millionen Mädchen Opfer dieser Praktik: das sind 8000 junge Frauen jeden Tag. Und auch in Deutschland sind Mädchen dem Risiko ausgesetzt, heimlich hierzulande oder im Ausland an ihren Genitalien verstümmelt zu werden. Derzeit leben circa 50000 Betroffene in Deutschland.

### TERRE DES FEMMES fordert:

**12. Erstellung eines bundesweiten nationalen Aktionsplans zur Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung:** Dieser sollte mindestens Beratungs- und Unterstützungsangebote für betroffene und gefährdete Mädchen und Frauen, verbindliche Aufnahme von FGM in

Aus- und Fortbildungen für Berufsgruppen, die mit von FGM betroffenen oder gefährdeten Personen in Berührung kommen sowie die verpflichtende Untersuchung von Genitalien in Kinder-Früherkennungsuntersuchungen beinhalten.

- **Wird sich Ihre Partei für die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans zur Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung einsetzen, der mindestens diese drei Elemente beinhaltet?**

**13. Aufklärung aller neuankommenden und asylsuchenden Frauen und Männer über die Rechtslage zu FGM in Deutschland und der EU und über Hilfsangebote vor Ort:** Diese sollte mindestens die Aufklärung (noch vor der ersten Anhörung) über die Rechte im Asylverfahren, Information darüber, dass FGM eine Menschenrechtsverletzung und in Deutschland ein Straftatbestand ist und die Aufklärung zu gesundheitlicher und psychosozialer Versorgung beinhalten.

- **Wird sich Ihre Partei für die Einführung gezielter Maßnahmen zur Aufklärung neuankommender und asylsuchender Menschen über die Rechtslage zu FGM und zu Hilfs- und Beratungsangeboten für Betroffene einsetzen? Wenn ja, welche?**
- **Wird sich Ihre Partei für eine gezielte Aufklärung asylsuchender Frauen zu ihren Rechten und Möglichkeiten im Asylverfahren einsetzen?**

---

## **Frauenhandel und Prostitution**

### **Zum Themenbereich Frauenhandel**

Frauenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Die Betroffenen verlieren jegliche Möglichkeit ihr Leben selber zu bestimmen. Deutschland ist eines der Hauptzielländer für den Menschenhandel, der zum Großteil Frauen betrifft und Teil einer grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ist. Über das wahre Ausmaß des Menschenhandels besteht Unklarheit. Menschenhandel ist ein Kontrolldelikt, und je weniger hingesehen wird, und je weniger Strafverfahren wegen Menschenhandels erfolgreich durchgeführt werden, desto

niedriger sind die offiziellen Menschenhandelszahlen des BKA (nur 416 Personen im Jahr 2015). Diese niedrigen Zahlen sind keinesfalls als Erfolg der deutschen Politik zu Menschenhandel zu deuten. Die neuen strafrechtlichen Bestimmungen zu Menschenhandel aus 2016 setzen einige Bestimmungen der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel (2011/36/EU) um. Es ist jedoch sehr bedauernd, dass sich Deutschland bisher größtenteils auf die strafrechtlichen statt auf die opferrechtlichen Aspekte der EU-Gesetzgebung fokussiert hat. Hier besteht Nachholungsbedarf.

## **TERRE DES FEMMES fordert:**

**14. Zusätzlich zur geforderten Reform des Opferentschädigungsgesetzes muss ein bundesweiter Opferschutzfonds für Betroffene von Menschenhandel eingerichtet werden:** Dieser staatliche Entschädigungsfonds muss eine direkte und unkomplizierte Entschädigung der Betroffenen von Menschenhandel und deren Unterstützung gewährleisten.

- **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zum Opferschutz ergreifen?**
- **Wird sich Ihre Partei für die Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds für Betroffene von Menschenhandel einsetzen?**

**15. Gesichertes Aufenthaltsrecht für Betroffene von Menschenhandel aus Drittstaaten unabhängig von ihrer ZeugInnenaussage:** Es müssen auch Betroffene, deren Aussage von der Staatsanwaltschaft nicht als notwendig erachtet wird, eine Aufenthaltsberechtigung in Deutschland erhalten.

- **Wird sich Ihre Partei für ein gesichertes Aufenthaltsrecht von Betroffenen von Menschenhandel aus Drittstaaten unabhängig von der ZeugInnenaussage einsetzen?**



## Zum Themenbereich Prostitution

Prostitution ist eine der am längsten tradierten Formen sexueller Ausbeutung von Mädchen und Frauen im Patriarchat. Die meisten Prostituierten sind weiblich. Prostitution ist damit Ausdruck eines grundlegenden Machtungleichgewichts zwischen den Geschlechtern, verfestigt Geschlechterhierarchien und suggeriert die permanente sexuelle Verfügbarkeit der Frau. Dabei schützt Prostitution niemanden vor sexualisierter Gewalt und ist auch kein Ausdruck von selbstbestimmter Sexualität. Die deutsche Politik hat sich mit dem am 1. Juli 2017 in Kraft tretenden Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) gegen einen Perspektivenwechsel entschlossen. Das neue ProstSchG erlaubt weiterhin die Profitnahme Dritter und vernachlässigt die Nachfrage durch Männer nach käuflichem Sex als Ursache für die Dimension der Prostitution in Deutschland.

### TERRE DES FEMMES fordert:

#### 16. Ein Sexkaufverbot in Deutschland mit begleitenden Ausstiegsprogrammen für Prostituierte:

Dieses Sexkaufverbot muss mit einer ausreichenden Finanzierung von Ausstiegshilfen und -programmen und flächendeckenden, niedrigschwelligen Unterstützungseinrichtungen für Prostituierte flankiert werden. Bis zu diesem grundsätzlichen Perspektivenwechsel in der deutschen Prostitutionspolitik müssen Prostitutionsstätten und deren BetreiberInnen strenger überprüft und Unterstützungs- und Ausstiegsangebote ausgebaut werden.

- **Wie wird Ihre Partei verhindern, dass das Ausmaß der Prostitution in Deutschland die Gleichstellung der Geschlechter schwächt?**
- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Prostituierte beim Ausstieg zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?**

#### 17. Eine Studie zur Realität von Prostitution in Deutschland, um endlich verlässliche Zahlen zu bekommen:

Es gibt seit Jahrzehnten keine verlässlichen Zahlen zu Prostitution in Deutschland. Das Inkrafttreten des ProstSchG am 1. Juli 2017 muss von Evaluierungsmaßnahmen und einer Studie zu der Realität von Prostitution in Deutschland begleitet werden.

- **Wird sich Ihre Partei für die Erstellung einer Studie zum Dunkelfeld der Prostitution in Deutschland einsetzen?**

## Gewalt im Namen der Ehre

Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung, von der insbesondere Mädchen und junge Frauen betroffen sind. Die Konsequenzen sind nicht selten körperliche sowie sexualisierte Gewalt und Unterdrückung innerhalb der Ehe. Neben Präventionsmaßnahmen sind Gesetzesänderungen notwendig, um die Betroffenen schützen zu können.

### TERRE DES FEMMES fordert:

#### 18. Alle Eheschließungen unter Zwang müssen bestraft werden:

Der aktuelle Straftatbestand Zwangsheirat (§ 237 StGB) muss um den Begriff „eheähnliche Verbindungen“ erweitert werden. So fallen nicht nur die standesamtlich geschlossenen, sondern auch die im Rahmen einer religiösen oder sozialen Zeremonie geschlossenen Zwangsehen unter den Tatbestand.

- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Lücken im Strafrecht beim Straftatbestand Zwangsheirat (§ 237 StGB) zu schließen?**

19. **Änderung des Personenstandsgesetzes (PStG):** Das Personenstandsgesetz, das seit Januar 2009 ermöglicht, vor der standesamtlichen Trauung eine religiöse Trauung vorzunehmen, muss geändert werden. Religiöse Eheschließungen werden nicht vom Staat kontrolliert, d. h. es wird nicht überprüft, ob Zwang ausgeübt wird. Es muss ein Verbot der religiösen Voraustrauung für Volljährige eingeführt werden, da diese die fehlende staatliche Kontrolle und somit Zwangsehen begünstigt.

- **Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der religiösen Voraustrauung sowie strafrechtliche Sanktionen bei Zuwiderhandlung einsetzen, um Frauen vor Zwangsheirat zu schützen?**

## Flucht und Frauenrechte

2016 wurden laut Asylstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 722 370 Asylerstanträge gestellt, etwa ein Drittel davon von Antragstellerinnen. Menschen (Frauen wie Männer) fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten vor Gewalt, Terror, Armut, Diskriminierung oder aufgrund religiös sowie politisch motivierter Verfolgung. Mädchen und Frauen fliehen aber auch, weil sie von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, denen ausschließlich Frauen ausgesetzt sind. Zu diesen frauenspezifischen Fluchtgründen gehören u. a. Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und Frühhehen.

Die besondere Schutzbedürftigkeit von Mädchen und Frauen sowie die traumatischen Erlebnisse in den Herkunftsländern und auf der Flucht müssen sowohl bei der Unterbringung als auch beim Asylverfahren berücksichtigt werden.

### TERRE DES FEMMES fordert:

**20. Die Implementierung eines bundeseinheitlichen Gewaltschutzkonzepts in Flüchtlingsunterkünften und dessen flächendeckende, verbindliche Umsetzung:** Darüber hinaus müssen geflüchtete Frauen schnellstmöglich dezentral untergebracht werden, um ihnen eine sichere Wohnsituation zu gewährleisten. Dabei müssen alleinreisende bzw. allein-erziehende Frauen sowie Schwangere und Familien mit Kindern Vorrang haben.

- **Wird sich Ihre Partei für die Implementierung eines bundeseinheitlichen Gewaltschutzkonzepts in Flüchtlingsunterkünften und deren flächendeckende, verbindliche Umsetzung einsetzen?**

**21. Nachbesserungen beim Asylpaket II sowie verbesserte Standards beim Asylverfahren insbesondere für Betroffene von geschlechtsspezifischer Verfolgung:** Die im Asylpaket II festgelegte Aussetzung des Familiennachzugs sowie die dort festgelegten Schnellverfahren müssen beendet werden. Sie sind ein großes Hindernis für weibliche Gewaltbetroffene. Geschlechtsspezifisches Asyl muss besser anerkannt und besonders Schutzbedürftige müssen schneller identifiziert werden.

- **Werden Sie nach der Bundestagswahl eine Gesetzesinitiative für eine sofortige Beendigung des ausgesetzten Familiennachzugs starten bzw. gegen eine fortgeführte Aussetzung des Familiennachzugs bei subsidiär Geschützten nach März 2018 stimmen?**
- **Wird Ihre Partei nach der Bundestagswahl die Umsetzung der EU-Verfahrensrichtlinie (2013/33/EU), welche die frühestmögliche Identifizierung und den Umgang mit besonders Schutzbedürftigen regeln soll, schnellstmöglich abschließen?**
- **Wird Ihre Partei Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in Asylverfahren ergreifen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung aus ihren Herkunftsländern geflohen sind? Wenn ja, welche Maßnahmen?**
- **Wird Ihre Partei Maßnahmen ergreifen, um AnhörerInnen und SprachmittlerInnen im Asylverfahren besser für die besonderen Bedürfnisse von geschlechtsspezifisch Verfolgten zu sensibilisieren? Wenn ja, welche Maßnahmen?**

## **22. Überprüfung aller Integrationsangebote nach frauenspezifischen**

**Kriterien:** Viele Frauen kommen aus Ländern, in denen ein streng patriarchalisches Rollenverständnis von Frau und Mann herrscht. Dadurch sind die Hürden zur gesellschaftlichen Teilhabe für Frauen besonders hoch. Für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen muss Deutschland die Geschlechterperspektive mit einbeziehen.

- **Wird Ihre Partei nach der Bundestagswahl Maßnahmen ergreifen, um die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Mädchen und Frauen zu fördern? Wenn ja, welche Maßnahmen?**

## Internationale Zusammenarbeit (IZ)

In der Internationalen Zusammenarbeit setzt sich TERRE DES FEMMES für eine Welt ohne Armut und Gewalt ein, in der alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, Alter, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit in Frieden, Würde und Sicherheit leben können. Ein zentrales Element dafür ist die Verbesserung von Frauenrechten, da

- sexualisierte Gewalt als weltweite Problematik fortbesteht (von der Weltgesundheitsorganisation 2013 als ein „globales Gesundheitsproblem von epidemischem Ausmaß“ deklariert!),
- mehr als 200 Millionen Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind,
- mehr als 250 Millionen Mädchen bei ihrer (Zwangs-)Verheiratung unter 15 Jahren alt waren,
- 130 Millionen Mädchen weltweit nicht zur Schule gehen.

### TERRE DES FEMMES fordert:

**23. In allen bilateralen Verhandlungen der deutschen IZ muss auf Geschlechtergerechtigkeit und den Kampf gegen Frauenrechtsverletzungen hingewirkt werden:** In Ländern wie Mali, Sierra Leone u. a. ist die Praktik der weiblichen Genitalverstümmelung durch das Fehlen eines gesetzlichen Verbotes quasi legitimiert. In solchen Ländern müssen Finanzierungszusagen der deutschen IZ von konkreten Maßnahmen zur Implementierung eines gesetzlichen FGM-Verbotes abhängig gemacht werden.

- **Wird sich Ihre Partei im Rahmen von bilateralen Verhandlungen der deutschen IZ einbringen, um Menschenrechtsstandards einzufordern und insbesondere Frauenrechtsverletzungen anzuprangern?**

**24. Eine sichtbare Stärkung von Frauenorganisationen:** Die finanziellen Mittel zur Förderung von Projekten und Programmen mit den Hauptzielen Geschlechtergerechtigkeit sowie Empowerment von Mädchen und Frauen müssen auf wenigstens 45% der ODA (Official Development Assistance – öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) erhöht und im BMZ-Haushalt ersichtlich ausgewiesen werden.

- **Wird sich Ihre Partei für die Aufstockung und transparente Ausweisung von finanziellen Mitteln für sogenannten GG2-Maßnahmen im BMZ einsetzen?**
- **Welche konkreten Aktivitäten werden Sie unternehmen, um Frauenorganisationen in der IZ zu stärken?**

## **TERRE DES FEMMES**

Menschenrechte für die Frau e.V.

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin

Tel.: 030/40 50 46 99-0

Fax: 030/40 50 46 99-99

E-Mail: [info@frauenrechte.de](mailto:info@frauenrechte.de)

[www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)

